

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

30 (5.2.1914) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 Uhr.
Postfachkonto Nr. 3650.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm. für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Herr v. Bodman und die Sozialdemokratie.

Die Debatte über das Budget des Ministeriums des Innern hat am Montag eine überraschende Wendung genommen, nachdem am Freitag Gen. Kolb den Minister v. Bodman wegen seiner Haltung gegenüber der Sozialdemokratie scharf aufs Korn genommen hatte. In einer zirka zweistündigen, wohl vorbereiteten Rede versuchte Herr v. Bodman, sich am Montag gegen die Angriffe Kolbs zu rechtfertigen. Irgendwelche neuen Momente bezüglich seiner Stellungnahme gegenüber dem Großblod und insbesondere gegenüber der Sozialdemokratie sind zwar auch in dieser Rede des Ministers nicht hervorgetreten; dagegen hat er sich teils präzis, teils scharfer geäußert, als dies bei früheren Gelegenheiten der Fall war. Herr v. Bodman bekennt sich als Gegner des Großblods, weil es ihm mißfällt, daß bürgerliche, monarchisch gesinnte Wähler gezwungen werden, für sozialdemokratische Kandidaten zu votieren. Er beruft sich aber dabei, daß dieses Gefühlsmoment auch auf der Gegenseite, nämlich bei der Sozialdemokratie, ebenfalls in Betracht kommt. Es fällt einem Sozialdemokraten mindestens ebenso schwer, für einen nationalliberalen Kandidaten zu stimmen, wie umgekehrt einem nationalliberalen Wähler, wenn er für einen sozialdemokratischen Kandidaten votieren muß. Politik kann man eben nicht mit dem Gefühl machen, wenn sie nicht zu den sinnlosesten Konsequenzen führen soll. Der Großblod ist gewiß nichts weniger als ein ideales Gebilde, aber er ist — so wie die Dinge in Baden zurzeit liegen — eine politische Notwendigkeit und das das nicht nur für die an ihm beteiligten Parteien. In welcher Situation befände sich denn das gegenwärtige „liberale“ Ministerium, wenn der Großblod bei den letzten drei Landtagswahlen nicht zustande gekommen wäre? Weder Herr v. Bodman, noch seine übrigen Kollegen wären heute noch Minister, es sei denn, sie hätten sich zu politischen Werkzeugen der Herrschaftskontingenten Reaktion degradieren lassen. Das Ministerium Duich-Bodman vertritt ja einen sehr merkwürdigen, stark jenem Liberalismus, allein selbst dieser würde vor einer Herrschaftskontingenten Mehrheit keine Gnade gefunden haben, das lehrt die Vorgänge, wie sie sich in Wahren abgepielt haben.

Das politische Glaubensbekenntnis des Herrn v. Bodman leidet an inneren Widersprüchen, die in seiner Stellung gegenüber der Sozialdemokratie am markantesten zum Ausdruck kommen. Herr v. Bodman kann sich zu einer großzügigen staatsmännischen Auffassung über die Bedeutung der Sozialdemokratie für unser politisches Leben nicht durchringen, er ist und bleibt in den subalternen Anschauungen befangen, wonach die Sozialdemokratie eine bössartige Erfindung einiger Menschen ist, mit der politische Gemeinshaft, wenn auch nur auf begrenztem Gebiete zu pflügen, ein Verbrechen an der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung ist. Er kann sich nicht zu einer geschichtlichen Betrachtung der Sozialdemokratie und ihrer politischen Mission aufschwingen und er kommt deshalb in der Beurteilung derselben immer zu Trugschlüssen. Es ist und bleibt ein Trugschluß, zu unterstellen, die Sozialdemokratie könne ihre Ziele nur auf dem Wege des gewalttätigen Umsturzes durchsetzen. Schon ganz oberflächliches Studium der Geschichte der letzten Jahrzehnte zeigt zur Evidenz, daß die soziale Revolution kein Stempel der Sozialdemokratie, sondern eine mit Händen zu greifende Wirklichkeit ist. Keine Macht der Welt ist imstande, diesen Prozeß der gesellschaftlichen Umbildung zu unterbinden und es ist weiter nichts als eine gefährliche Illusion, wenn man glaubt, durch die, insbesondere in Deutschland beliebte Art der Bekämpfung der Sozialdemokratie der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung einen starken Schutz gegen die Triebkräfte der Entwicklung gewähren zu können. Die Entwicklung geht über diese Versuche, ihr ein Schnippchen zu schlagen, hohnlachend hinweg; der einzige „Erfolg“ dieses Widerstandes gegen die Notwendigkeiten der geschichtlichen Entwicklung ist eine auf die Spitze getriebene Verschärfung der politischen Gegensätze, wie sie kaum in einem modernen Kulturstaat der Welt existiert. Der Sozialdemokratie selbst hat man mit dieser Politik der Kurzsichtigkeit noch nie geschadet, man hat lediglich erreicht, daß eine Unsumme sozialer, politischer und geistlicher Kräfte, die zum Nutzen des Volksganges sich auswirken könnten, lahmgelegt werden.

Wie kleinlich, um nicht zu sagen lächerlich, ist beispielsweise die Stellung des Herrn v. Bodman zur Frage der Ernennung sozialdemokratischer Bezirksräte. Glaubt er denn damit der heutigen Staatsordnung einen besonderen Dienst zu erweisen, oder gar der Sozialdemokratie irgendwelchen Schaden zufügen zu können? Weder das eine noch das andere trifft zu, wohl aber wird durch eine derartig schämevolle Handhabung der politischen Macht bei einem großen Teil unseres Volkes berechtigte Empörung ausgelöst. Ob wir in Baden einige sozialdemokratische

Bezirksräte haben oder nicht, kommt für die politische Bedeutung der Sozialdemokratie gar nicht in Betracht. Gäbe es solche, so würden sie ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, wie überall, wo Sozialdemokraten berufen sind, im öffentlichen Leben mitzuraten und mitzutaten. Die heutige Staatsordnung würde dadurch nicht im mindesten in ihrer Existenz gefährdet. Die Sozialdemokratie kann solche Ungerechtigkeiten ertragen, sie ist ja daran gewöhnt, ob sie die heutige Staatsordnung auf die Dauer ertragen kann, ohne mehr oder weniger großen Gefahren sich auszusetzen, ist eine andere Frage. Auf keinen Fall tragen sie dazu bei, die geschichtlich notwendige Entwicklung aufzuhalten oder sie gar zu unterbinden. Die Geschichte lehrt auf jedem Blatt, daß derlei politische Künste auf die Dauer nicht den erhofften Erfolg haben.

Die Sozialdemokratie kann nicht mehr als den ernststen Willen bekunden, auf dem Boden der Verfassung und im Rahmen der Gesetze für ihre Ziele zu arbeiten. Stellt man sie trotzdem außerhalb der Verfassung, indem man ihren Anhängern die politische Gleichberechtigung verweigert, so erreicht man damit bestenfalls, daß die politische Tätigkeit der Sozialdemokratie Formen annimmt, die sie keinesfalls annehmen muß, die aber schließlich nicht ausbleiben können, weil die Selbstachtung sie dazu zwingt. Mit nichtsagenden Redensarten kann sich eine so große und starke Partei wie die Sozialdemokratie nicht abweisen lassen. Nichtsagende Redensarten sind es aber, wenn Herr v. Bodman erklärt, die politische Bestimmung der Sozialdemokraten sei für ihn kein Grund, sie anders zu behandeln, wie die Angehörigen der übrigen Parteien, während er in der Praxis das Gegenteil davon tut.

Wir lassen uns durch solcherlei Redensarten nicht täuschen. Herr v. Bodman ist nicht der liberale Minister, als den man ihn von gewisser Seite immer wieder deklarieren und auch sein Gerechtigkeitsstimm ist, wenigstens insoweit die Sozialdemokratie in Frage kommt, keineswegs einmündig. Nicht nach schon gedruckten Worten muß man solche Minister beurteilen, sondern nach ihren Taten. Die Taten des Herrn v. Bodman gegenüber der Sozialdemokratie weichen grundtätig nicht ab von denjenigen der erzreaktionären preussischen Minister. In der Form geriert sich Herr v. Bodman anders, in der Sache ist er von ganz demselben Kaliber wie seine preussischen Kollegen, er ist weder willens noch fähig, der Sozialdemokratie gegenüber Gerechtigkeit walten zu lassen. Die Konsequenzen daraus ergeben sich für die Sozialdemokratie von selbst.

Deutsche Politik.

Rückgang der Reichseinnahmen.

Die Reichseinnahmen sind in den ersten neun Monaten des laufenden Rechnungsjahres bei mehreren Einnahmequellen und vor allem bei den Zöllen hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben.

Die Zolleinnahmen standen bis Ende Dezember mit 505,80 Millionen Mark um fast 38 Millionen Mark hinter denen des Etatsjahres 1912 zurück. Geringere Einnahmen als im Vorjahre wurden ferner erzielt aus der Schaumweinsteuer, dem Schenkstempel, dem Grundstücksübertragungs- und dem Kaufstempel. Mehr Einnahmen brachten die Zigarettensteuer, die Branntweinsteuer, die Brausteuer und die Erbschaftsteuer.

Vertagung des elsass-lothringischen Landtages.

Die erwartete Senation der Sitzung von Dienstag des elsass-lothringischen Parlamentes blieb aus. Die neuen Steuermänner der elsass-lothringischen Regierungspolitik ließen sich nicht sehen; anwesend war nur der Finanzminister Köhler. Gleich bei der Eröffnung der Sitzung macht der Präsident Ricklin den Vorschlag, der Landtag möge sich bis zum 10. Februar zu vertagen, um den neuen Ministern die Möglichkeit zu geben, sich in ihre Ressorts einzuarbeiten. Damit war das Haus einverstanden, nur gegen die Tagesordnung erhob Genosse Emmel Widerspruch, da er als erster Punkt der Tagesordnung der nächsten Sitzung die Entgegennahme einer Regierungserklärung wünschte. Mit Recht hob Genosse Emmel hervor, daß ein Parlament, das auf seine Würde etwas halte, den Ministern nicht ihr Gehalt bewilligen könne, wenn man nicht wisse, wie sie zu regieren gedenken. Damit hatte aber unser Genosse an einen wunden Punkt gerührt. Der Präsident Ricklin und die bürgerlichen Parteiführer versuchten, unseren Genossen von seinem Plan abzubringen und darzulegen, daß die neue Regierung wohl aus sich selbst heraus resp. im Laufe der Etatsdebatte ihre Stellungnahme präzisieren würde. Der Präsident erklärte noch, daß er dem neuen Staatssekretär bereits die vorgeschlagene Tagesordnung vorgelesen habe. Als Emmel darauf erwiderte, er wolle dem Präsidium keine Schwierigkeiten machen und darum eruchte, den Etat des Statthalters, wobei eine Regierungserklärung erfolgen müsse, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, erhoben auch hier die bürgerlichen Parteiführer Widerspruch. Es wurde dann die Tagesordnung dem Wunsch des Präsidenten entsprechend festgelegt und die Sitzung für den Freitag des

ersten Emmel auf den Schluß des ersten Sitzungstages festgelegt.

Aus dem ganzen Verhalten der bürgerlichen Parteiführer war zu erkennen, daß das elsass-lothringische Parlament resp. die bürgerlichen Parteiführer alles vermeiden wollen, um gleich am Anfang mit der neuen Regierung zu kollidieren.

Die Statthalterfrage in den Reichsländern.

Offiziös meldet der Berliner Mitarbeiter der „Köln. Zeitung“: Die Auswahl eines Nachfolgers für den Grafen Bedel für den Statthalterposten in Elsass-Lothringen ist bisher nicht erfolgt. Die verschiedentlich ausgesprochene Vermutung, daß nach einigen Monaten Graf v. Bedel von dem Reichskanzler Herrn v. Bethmann Hollweg abgelöst werden sollte, wird mir auf Erfundigung als irrig bezeichnet; auch die Meldungen über die Wahl eines preussischen Prinzen werden für nicht zutreffend erklärt.

Deimling bleibt.

Von der allgemeinen Auskehr in den Reichsländern wird der General v. Deimling anscheinend nicht berührt. Wie nämlich der „Täglichen Rundschau“ an unterrichteter Stelle versichert wird, kommt eine Versetzung Deimlings nach Karlsruhe überhaupt nicht in Frage. Es darf daher als bestimmt angenommen werden, daß in der Führung des Straßburger Korps ein Wechsel in absehbarer Zeit nicht eintreten wird.

Der Kampf gegen das Säbelregiment und für Erweiterung des Koalitionsrechts.

Ist in den letzten Wochen in Württemberg in einer Reihe von Versammlungen fortgesetzt worden. In einer Massenversammlung in Schweningen, dem Mittelpunkt der Schwarzwälder Uhrenindustrie, sprach Gen. Peirote-Straßburg. In Ulm, Reutlingen, Ehlingen, Cannstatt, Feuerbach, Albersach und vielen anderen kleineren Orten wiesen die Versammlungen gleichfalls starke Beteiligung auf. In einer Stuttgarter Versammlung behandelte Gewerkschaftssekretär Saarer die Vorzüge des Scharfmachertums gegen das Grundrecht der Gewerkschaften vom Standpunkte der praktischen Erfahrung aus. Er konnte eine Fülle von Beispielen dafür anführen, daß auch im Süden schon bisher von Polizei und Gerichten das Menschenmögliche im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften geleistet worden ist. In allen Versammlungen gelangten Resolutionen zur Annahme, in denen nicht nur scharfster Protest erhoben wird gegen die Pläne, die die Verteidiger der Militärdiktatur und die Feinde jeder selbstständigen Regierung der Arbeiterklasse verfolgen, sondern auch die Erweiterung des Koalitionsrechts durch Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung und Schaffung strafgesetlicher Bestimmungen gegen den mit schwarzen Listen, Heberlein usw. verübten Rechtsraub verlangt wird. Eine Verschärfung des Kampfes um das Koalitionsrecht wird in Württemberg eintreten durch den am 2. Februar eröffneten Arbeitsnachweis des Vorstandes württembergischer Metallindustriellen. Die bewährten kommunalen Arbeitsämter die unter der Kontrolle paritätischer Kommissionen stehen sollen für die gesamte Metallindustrie ausgeschaltet werden. Kein Arbeiter soll in der Metallindustrie mehr eingestellt werden, der nicht beim Arbeitsnachweis des Unternehmerverbandes um Arbeit gebeten und die hier vor sich gehende Musterung erfolgreich bestanden hat. So wollen es die Herren Scharfmacher; denen nach dem für die Arbeiter ungünstigen Ausgang bei der großen Stuttgarter Firma Bock der Kampf ordentlich geschwollen ist. Da Bock selbst bis vor wenigen Monaten keinem Unternehmerverband angehörte, müßten die Geißelporne des Verbands der Metallindustriellen bis dahin ihren Latendrang ein wenig zügeln. Nachdem aber nunmehr auch Bock dem Verband angehört, geht dieser aufs Ganze.

Wer bezahlt den Wehrbeitrag?

In der Parteipresse wurde kürzlich mitgeteilt, wie ein Mannheimer Hausbesitzer die Mietpreise mit der Begründung erhöhte, daß er Beiträge zur Wehrsteuer zu entrichten habe. Das Beispiel dieses Mannes scheint allgemeine Nachahmung gefunden zu haben, denn von vielen Orten werden namhafte Mietpreissteigerungen gemeldet, sodas die Hausbesitzer nicht nur ihre steuerlichen Verpflichtungen abwägen, sondern sogar noch Extraprofit damit erzielen. Unter diesem Gesichtspunkte ist folgendes interessant:

Das offizielle Organ des Verbandes rheinisch-westfälischer Haus- und Grundbesitzervereine, die in Elberfeld erscheinende „Rheinisch-Westfälische Bürgerzeitung“, stellt unter der Spitzmarke: „Wehrsteuer — Mietssteuer“ die Frage, „was denn Wunderbares dabei sei, wenn die Hausbesitzer die Kosten des Wehrbeitrages durch Mietssteigerungen einzubringen suchen“ und „auf welche andere Weise sie denn das Geld beschaffen“ sollten? Wörtlich schreibt das Hausbesitzerblatt dann zum Schluß:

„Denn wenn wir dahin kommen sollten, daß die Steuern aus dem Besitze selbst und nicht aus dessen Erträgen bezahlt werden müßten, dann wären wir

ja schon mitten drin im sozialdemokratischen Staat. Davor behüte uns der Himmel!

Na also: die Besitzenden halten es für ganz selbstverständlich, daß sie die ihnen auferlegten Lasten des „patriotischen Opferjahres“ ganz einfach wieder auf die Besitzlosen abwälzen. Wer zahlt also letzten Endes die Besitzsteuern?

„Ein Triumph der Sozialdemokratie.“

Daß bei den Zusammenstößen der Braunschweiger Arbeiter mit der Polizei der Wächtermeister der Verirrten am Sonntag den Genossen Antrich ersucht haben soll, seinen Einfluß aufzubieten, damit der Platz geräumt werde, erregt das lebhafteste Mißfallen der rechtsstehenden Presse. Die „Kreuzzeitung“ möchte annehmen, daß es sich bei dieser Darstellung um sozialdemokratische Renommance handele, würde aber eine baldige Klar- und Richtigstellung für sehr erwünscht halten, da es der Staatsautorität abträglich sein müsse, wenn sich der Glaube einnistet, daß sie nicht unter allen Umständen durchgesetzt werde, sondern gelegentlich vor der stärkeren Kraft der Sozialdemokratie kapituliere.

Noch viel entrüsteter gebärdet sich die „Deutsche Tageszeitung“:

Wie kommt der Polizeibeamte zu diesem Ersuchen? Er hat seine Pflicht zu erfüllen und es macht einen eigentümlichen und beschämenden Eindruck, wenn er sich mit irgend einem Ersuchen an den Vertreter der Sozialdemokratie wendet. Dies ist denn doch schließlich ein Triumph der Sozialdemokratie, der das Maß dessen, was wir auf diesem Gebiete schon erlebt haben, ganz erheblich übersteigt.

Wenn die Braunschweiger Polizeibehörde die Richtigkeit der erwähnten Mitteilung nicht bestreitet, dann will sich die „Deutsche Tageszeitung“ mit dem Fall sehr eingehend und sehr entschieden beschäftigen, und man kann schon heute mit ziemlicher Bestimmtheit voraussehen, in welcher Richtung sich ihre Erörterungen bewegen werden. Wahrscheinlich wird sie feststellen, daß es der Braunschweiger Polizei so gut wie der Rabener an dem richtigen, dem preußischen Gesetze fehle, und daß deshalb bei nächster Gelegenheit in Braunschweig das Militär angesichts des Verlangens der Zivilbehörden, einschreiten müsse. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf den Straßen hat für diese Leute ja nur dann einen Wert, wenn sie mit Hilfe des Polizeinüppels und des Militäräbels erfolgt.

Wieder ein Kölner Polizeiprozess.

Vor der Kölner Strafkammer spielt sich wieder ein interessanter Polizeiprozess ab. Der Mechaniker Franz Straßburger war angeklagt, den Polizeioberinspektor Eiben und einen Wächtermeister durch die Behauptung: „sie ließen sich schmieren“, beleidigt zu haben. Er hatte behauptet, Eiben habe zu einer Rhein- und Ahrtour ein Auto umsonst von der Autotaxameter-Gesellschaft geliehen erhalten, gleichzeitig habe der Inspektor ein Couvert mit einem Gelddbetrag zur Verfügung der Besche bekommen. Eiben, dem das Verkehrsweesen in Köln unterstand, sei einseitig für die Interessen dieser Gesellschaft aufgetreten. — In der Verhandlung behauptet Inspektor Eiben, er habe nicht gewußt, daß derjenige, der ihm das Auto zu der betreffenden Fahrt zur Verfügung stellte, mit der Autotaxameter-Gesellschaft in Verbindung gestanden habe. In Königswinter habe man Bier und Wörle getrunken, aber er wisse nicht, wer bezahlt habe, er oder Juwelier Kammerer, der an jener Autogefellschaft interessiert gewesen sei. Der mitbeleidigte Wächtermeister bestritt, von der Gesellschaft Geld erhalten zu haben. Der Juwelier Kammerer aber gab ausdrücklich zu, die ganze Besche bezahlt zu haben, er wisse bloß nicht mehr, wie viel es gewesen sei. Selbst der Staatsanwalt, der die Vernehmung nicht als erwiesen ansah und 100 Mark Strafe beantragte, betonte, daß Eiben als Inspektor des Verkehrsweesen sehr unvorsichtig gehandelt habe. Der Angeklagte wurde zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Es heißt in der Urteilsbegründung, daß das Verhalten des Inspektors Eiben, für sich und seine ganze Familie eine solche Fahrt von anderen bezahlen zu lassen, solchen Gerüchten hätte leicht Nahrung geben können. Dieser Fall ist besonders wichtig, weil Eiben im großen Kölner Polizeiprozess behauptete, er habe auf dieser Tour

sich nicht freihalten lassen, sondern habe die Hälfte der Besche selbst bezahlt. Dieser Widerspruch bedarf unbedingt der Aufklärung.

Klerikale Wahlkampfsitten.

Im Wahlkampf in Köln-Land, der jetzt heftig tobt, zeigen sich bereits die ganzen Schönheiten klerikaler Wahlkampfsitten. Als im Orte Nippes einige unserer Genossen unweit einer Kirche Flugblätter verteilten, wurden sie von klerikalen Kirchenbesuchern beschimpft und mißhandelt, was selbst der „Rheinische Merkur“ zugibt. Die Flugblätter wurden unseren Genossen gewalttätig entzogen. Drei Geißliche, die nachträglich erfaßt wurden, ihren Einfluß gegen die fanatisierten Leute geltend zu machen, sahen der Szene lächelnd zu ohne einzuschreiten. — Der Zentrumskandidat Oberlehrer Rudloff leistet sich gleichfalls schwere Beschimpfungen seiner Gegner in Wahlversammlungen. Er bezeichnete kürzlich die Redakteure der „Rheinischen Zeitung“ als „Subversiven“. Um die Erörterung der Rabener Angelegenheit und des Kölner Polizeiprozesses drückte er sich überall mit der köstlichen Bemerkung herum, er sei Oberlehrer, also Staatsbeamter und daher könne er über diese Dinge nicht sprechen. Dieser Mann will im Deutschen Reichstag für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpfen!

Magimen à la Krupp.

Korvettenkapitän a. D. v. d. Goly wurde vorgestern von der 5. Strafkammer des Landgerichts Berlin III wegen Verrats maritimer Geheimnisse auf Grund des Spionagegesetzes von 1893 zu 3 Monaten Festungshaft verurteilt, wovon 1 Monat auf die Unterjuchungshaft angerechnet wurde. Der Angeklagte ist jetzt Angestellter der Rheinischen Metallwarenfabrik Ehrhardt u. Ko. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Staatsicherheit unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit statt, nur das Urteil und die Begründung wurde öffentlich verkündet. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Seelert, bemerkte in der Urteilsbegründung, der Angeklagte hat einen ehemaligen ihm befreundeten Kameraden veranlaßt, ihm maritime Geheimnisse, deren Geheimhaltung einer fremden Macht gegenüber dringend geboten war, insbesondere Verschlussvorschriften, zu geben. Die Firma Ehrhardt habe ja allerdings die größte Vorsicht geübt, es sei deshalb ein wesentlicher Schaden für den Staat nicht entstanden, allein es lag im hohen Grade eine Gefahr für den Staat vor. Der Angeklagte hätte auch als ehemaliger Marineoffizier wissen müssen, daß die erhaltenen Sachen strengste Staatsgeheimnisse waren und daß sein Freund und Gewährsmann, der vom Marinefriesenrichters deshalb verurteilt worden ist, zur strengsten Dienstverschwiegenheit verpflichtet war.

Ausland.

Belgien.

Reformkommission und Reformarbeit. Es jährt sich bald, daß die belgische Arbeiterpartei in den Massenstreik für das allgemeine, gleiche Wahlrecht eintrat. Sie beendete ihn auf die Zusage der Regierung, daß der zur Beratung des Kommunalwahlrechts einberufenen Kommission auch die Erörterung des Parlamentarismus gestattet werden solle. Man sah darin ein nicht ausdrückliches Reformversprechen. Die Wahlen dieses Jahres sollten dann im Zeichen der Reform stattfinden und sobald die erwartete Reformmehrheit gesprochen habe, der verfassungsmäßig vorgeschriebene Kongress einberufen werden, um die Reform endgültig zu beschließen. So klang es aus den Worten der klerikalen Wahlrechtsfreunde, sobald man von der Kommission mehr eine formelle Beratung erwartete, die den Rückzug der Regierung bedeuten sollte. Inzwischen trat die Kommission der 31 zusammen, deren Zusammensetzung schon Mangel an gutem Willen verriet. Waren doch nur vier Sozialisten, darunter kein einziger Arbeiter, ebenso wenig einer der maßgebendsten katholischen Arbeiter, berufen worden. Die Tätigkeit der Kommission hat alle Befürchtungen bisher gerechtfertigt. In etwa dreiviertel Jahren hat sie erst acht Sitzungen gehalten, in denen sie über die Generaldiskussion noch nicht hinausgekommen ist. Man befürchtet sich mit dem Stuhbum aller möglichen ausländischen Wahlrechte. So wurden jetzt Vertreter nach Dresden und Chemnitz geschickt, um die dortigen Zerbilder von Wahlrecht, die nicht sachlichen Erwägungen, sondern nur der Furcht vor einer sozialdemokratischen Mehrheit ihr Dasein verdanken, zu studieren. Land er v e l d e forderte nun,

daß man wenigstens auch die Wirkung demokratischer Wahlrechte — namentlich in Basel und Genf — studiere, was auch beschlossen wurde. Der klerikale Meister der Verschleppung, De Witte, beantragte noch das Studium der niederländischen Gemeindeverfassung, wobei er bemerkte, die Wahlrechtsbewegung sei zurückgegangen. Genosse De Witte protestierte sofort. Er betonte, die Bewegung sei nur zur Ruhe gekommen, weil man von der Kommission die Lösung der Frage erwartet habe. Sollte es anders sein und nur Scheinarbeit geleistet werden, so würden die Sozialisten demonstrativ ihren Austritt erklären. Die übrigen Sozialisten stimmten dieser Erklärung, die starken Eindruck machte, rückhaltlos zu. Sie erklärten, daß es ihnen nicht einfielle, bei wahlrechtsfeindlichen Maßnahmen als Statisten mitzuwirken. Der Vorsitzende erklärte, er könne die Generaldiskussion nicht schließen, da noch mehrere Redner eingezeichnet seien. Doch werde man nach deren Anhörung in die Erörterung der einzelnen Fragen, die mit dem Wahlrecht zu den Gemeinde- und Provinzialwahlen zusammenhängen, eintreten, worauf die Kommission sich wieder auf zwei Wochen vertagte.

Inzwischen haben die Sozialisten eine neue ernsthafte Wahlrechtsaktion unternommen: einen planmäßig im ganzen Lande zu organisierenden Petitionskurs. Ueberall, selbst in den schwärzesten Bezirken, haben sich Bezirks- und Ortskomitees gebildet, um von Haus zu Haus alle Schichten für die Wahlrechtsfrage zu gewinnen und ihren Willen der „Volksvertretung“ zu übermitteln. Gaben vor zwei Jahren in Brüssel 200 000 Mann demonstriert, vor einem Jahre 400 000 den Massenstreik dafür aufgenommen, so hofft man, diesmal, wo auch auf die sonst fernstehenden eingewirkt werden kann, noch eine erheblich größere Zahl von Unterschriften aufzubringen. Die bisher vorliegenden Nachrichten aus einigen Orten sind durchaus günstig. So sind in der Stadt Alost, dem schwarzen Stiege des Führers De Witte, in zwei Straßen mit 144 Häusern in 114 Häusern 197 Unterschriften gesammelt worden: 100 von Männern, 97 von Frauen. An einem anderen Orte wurden in etwa 300 Häusern 366 Männer und 268 Frauen auf die Petitionsliste gebracht. So wird wieder ein mächtiger Sturm das Land durchbrausen, der aus den Seiten des Klerikalismus wehen und darum seine Wirkung auf die Herzen Geistesoberer unumwogener verheben wird. Vielleicht aber wird es gegenüber dem dort angeammelten bösen Willen noch drastischer Mittel bedürfen, um dem Verlangen des Volkes nach gleichem Rechte zum Siege zu verhelfen.

Süd-Afrika.

Zur Streifbewegung in Süd-Afrika. Die erste Sitzung des südafrikanischen Parlaments, die am Freitag stattfand, gab den Arbeitervertretern Anlaß, sofort von der Regierung Rechenschaft zu fordern für die Verhängung des Belagerungszustandes und andere Maßnahmen zur Unterdrückung des Generalstreiks. In seiner Eröffnungsrede hatte der Gouverneur auf diese Vorgänge Bezug genommen und Gesehensvorlagen zur Verhinderung ähnlicher Ausschreitungen der Arbeiterpartei angefündigt. Die Regierung ließ dann mitteilen, daß sie vom Hause am Montag, 2. Februar, Indemnität fordern und dadurch Gelegenheit zur Beschneidung der Sache geben werde. Die Arbeitervertreter verlangten, sofort zu verhandeln, doch beschloß die Majorität die Vertagung. Die von der Regierungspartei abgesplitterte Partei des General Herbo, die aus 7 Mitgliedern besteht, hat angefündigt, daß sie für die ganze kommende Session die Arbeiterpartei gegen die Regierung unterstützen werde. Die Majorität der letzteren besteht demnach nur noch aus 10 Mitgliedern. Die Arbeiterpartei hat zurzeit 8 Vertreter im Parlament des südafrikanischen Bundes, rechnet aber auf Zuwachs, sobald Nach- oder Neuwahlen dem Volke Gelegenheit geben, die Erfahrungen der letzten Monate bei der Stimmabgabe zu verwerten. Für den Empfang der deportierten Arbeiterführer, die am 23. Februar in London erwartet werden, trifft die Arbeiterpartei große Vorbereitungen.

Badische Politik.

Das Wahlergebnis am 7. badischen Reichstagswahlkreis wird von den Blättern der betreffenden Parteien verschiedentlich beurteilt. Nicht zufrieden mit dem Ergebnis ist das Zentrum. Der „Badische Beobachter“ schreibt:

„Trotz dieses relativ erfreulichen Resultats kann es nicht befrichtigend und zwar ebenso wenig das Zentrum wie die Nationalliberalen. Das Zentrum deshalb nicht, weil es zu den Erwartungen berechtigt war, es werde ihm gelingen, im ersten Anlauf den Sieg zu erringen. Und wenn die Zentrumswähler mit dem Eifer abgestimmt hätten, wie bei der Stimmabgabe 1912, dann hätten wir diesmal sofort den Sieg errungen. Es wären dann 12 704 Zentrumstimmen 12 648 Stimmen der Gegner gegenüber gestanden. Die Mehrheit wäre zwar nicht groß, aber doch vorhanden gewesen. Jeden-

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

52 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

„Ja, ha, ha! Und sie haben sich immer eingebildet, daß sie ein Heiliger. Jetzt ist er wieder da, für fünfzehn Jahre.“

Als ich ihn zum ersten Male wieder in seiner Zelle besuchte, sagte er mir:

„Das Zuchthaus ist meine einzige Heimat. Nur hier fühle ich mich wohl.“

Und wie früher war sein Betragen im Zuchthaus wieder ohne Tadel; er wurde wieder ein fleißiger, freundlicher Arbeiter. Das Zuchthaus schien für ihn wirklich kein Stutzort, sondern eine liebe Heimat zu sein, in der er gern alle seine guten Eigenschaften entfaltet.“

30. Oktober. Heute hörte ich eine interessante Neuigkeit: Das Zuchthaus besitzt sechs schöne Kühe, die den Gefangenen die Milch liefern. Einer der Sträflinge ist Stallknecht — ein glühend beneideter Kofen —, und melkte die Kühe jeden Tag unter Aufsicht des Hausvaters. Ihr Futter bekommen die braven Haustiere von den Aleeädern, die ans Zuchthaus stoßen, und der Auffer kann mir gar nicht genug erzählen, wie sauber gehalten die Kühe sind. Es ist eine ungeahnte Idylle im Zuchthaus.

9. November. Wenn ein Verurteilter ins Zuchthaus eingeliefert wird, so wird ein Inventar von seinem ganzen persönlichen Eigentum, daß er bei der Einlieferung bei sich führt, aufgenommen und ihm zur Unterschrift vorgelegt. Dann werden die Sachen in einen nummerierten Sack gepackt, mit Nottenspulver bestreut und ins Magazin gebracht. Alle drei Monate muß sich der Gefangene in Gegenwart des Hausvaters davon überzeugen, daß sein Besitztum unverletzt ist. Bei dieser Verhütung, die stets im Freien vorgenommen wird, werden die Sachen von ihrem Besitzer gefloht, gebürstet und wieder frisch einge-

kampfert. Natürlich sind die Kleider durch das Sineinstoßen in den Sack furchtbar zernütert, aber am Tag vor der Entlassung werden sie schön gebügelt. Bei einer Verurteilung zu zehn Jahren werden die Kleider des Verurteilten nicht aufgehoben, sondern werden von der Verwaltung an einen Trödler oder einen Sträfling, der bald entlassen wird, verkauft. Natürlich wird dem Verkäufer der Ertrag des Verkaufs gutgeschrieben. Uebrigens hat jeder Sträfling das Recht, seine Sachen nach Hause schicken zu lassen, wenn er überhaupt ein Zuhause hat, was häufig nicht der Fall ist. Meistens haben die Gefangenen während ihrer Zuchthauszeit soviel verdient, daß sie sich neue austatten können, wenn nicht, so besteht für eben diese ein Hilfsfonds in der Anstalt; denn zerlumpt darf keiner aus dem preußischen Zuchthaus hervorgehen!

5. Dezember. Wenn sich ein Sträfling ein kleines Kapital erspart hat, so darf er von Zeit zu Zeit an Vater, Mutter oder Frau, wenn sie in Not sind, Geld nach Hause schicken. Viele aber behalten lieber alles für sich, um sich Schwären dafür kaufen zu lassen. Erfährt aber der Direktor, daß ein Sträfling eine alte Mutter oder ein krankes Weib draußen hat, so verbietet er ihm den Kauf jeglicher Leckerlei. Die zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilten können den größten Teil ihres erarbeiteten Kapitals den Eltern vermachend, da sie aber immer und immer hoffen, doch noch einmal begnadigt zu werden, so tun sie dies gewöhnlich nicht, häufen Schätze an und sterben dann als Kapitalisten von mehreren tausend Mark, die — der Staat erbt. Am Eingang zum Zuchthaus hängt eine Sammelbüchse mit einem Plakat, auf dem die Vorübergehenden aufgefordert werden, die alten Eltern der Gefangenen nicht zu vergessen. Das bischen Geld, das diese Büchse einbringt, wird vom Direktor oder dem Anstaltsgeistlichen an Bedürftige verteilt. Oft rufen Angehörige von Sträflingen direkte Bittgesuche um Unterstützung an die Zuchthausdirektion. Zu diesem Zwecke besteht der Gefangenenfonds, aus dem auch Bedürftige Entlassene, wenn sie sich in der Gefangenschaft gut geführt haben, unterstützt werden.

24. Dezember. Es ist der Abend vor Weihnachten, der „Heilige Abend“, wie die Deutschen sagen. Um sechs Uhr abends läutet die Glocke, und alle Gefangenen verlassen ihre Zellen. Ihre Gesichter wenden sich alle der Rotonde zu, wo sich der riesige Christbaum mit seinen vielen brennenden Wachskerzen erhebt. Am Fuß des Baumes steht der Chor und singt alte, liebe Weihnachtslieder, die mit ihren warmen Klängen die kalte Steinhalle durchfluten und uns die längstvergangene Kinderzeit heraufzaubern. Nach einer halben Stunde verstummt der rührende Gesang: nun sind wir plötzlich wieder im Kerker. Kieselknarren, Schlüsselläutchen — dann wird es still. Nur durch die klare Winterluft glaube ich noch immer den Klang zu hören — den alten, ewigen Klang: „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“

(Schluß folgt.)

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Donnerstag, 5. Febr. A. 35. „Wallensteins Lager“, dramatisches Gedicht in 1 Akt von Schiller. — „Die Piccolomini“, Schauspiel in 4 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende nach 11 Uhr. Freitag, 6. Febr. C. 35. „Margarete“, große Oper mit Ballet in 5 Akten von Gounod. Anfang 7 Uhr, Ende 11 Uhr. Samstag, 7. Febr. A. 36. „Wallensteins Tod“, dramatisches Gedicht in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende nach 11 Uhr. Sonntag, 8. Febr. B. 37. „Die Zauberflöte“, Oper in 2 Akten von Mozart. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. Montag, 9. Febr. C. 36. „Susannensieber“, Lustspiel in 4 Akten von Anselburg und Sclorwonnell. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 11 Uhr.

Vorprogramme:

Montag, 16. Febr. abends 8 Uhr: Einziges Konzert von Madame Yvette Guilbert unter Mitwirkung der Tänzerinnen Mesdemoiselles Windelin, Doris, Diaz, Loreau, Brown und Louis Fleury (Häute) — Daniel Reiser (Klavier) sowie des Großh. Hoforchesters.

falls wäre dann der Sieg sofort errungen worden. Aber auch die Nationalliberalen können von dem Resultat trotz Stimmzunahme nicht befriedigt sein. Im Jahre 1912 war der Großblock dem Zentrum um 1062 Stimmen voraus. Im Jahre 1914 dagegen beträgt der Vorsprung des Großblocks nur noch 889 Stimmen. Das Zentrum ist also gegen 1912 in der Stichwahl sofort um 663 Stimmen besser daran. Das letzte Mal war das Zentrum um 526 Stimmen von der absoluten Mehrheit fern, diesmal beträgt dieser Abstand nur noch 195.

Für die Stichwahl hängt natürlich alles davon ab, wer noch gute Reserve hat. Und da ist es Tatsache, daß der Wahlerfolg im hiesigen Land, das für das Zentrum so gut wie nicht in Betracht kommt, außerordentlich groß war; nicht das Gleiche gilt insbesondere von den Orten um Offenburg herum. Das Zentrum hat also noch Reserven, die es ihm ermöglichen, den endgültigen Sieg an seine Fahne zu heften.

Die nationalliberale „Badische Landeszeitung“ schreibt:

„Das Ergebnis der heutigen Wahl ist wiederum ein Beweis dafür, daß die Zentrumskräfte nicht in den Himmel wachsen. Herr Kölsch kann mit dem Ergebnis sehr zufrieden sein. Zählt man die nicht ultramontanen Stimmen zusammen, so hat er einen Überhuf von fast 400 Stimmen gegenüber dem Zentrumskandidaten. Der Rückgang läßt sich wohl in erster Linie daraus erklären, daß viele Wähler, denen im Jahre 1912 die Reichsfinanzreform einen roten Stimmzettel in die Hand gedrückt hat, wieder ihren Weg zum Zentrum zurückgefunden haben. Aber auch der Kandidat scheint uns nicht zugkräftig gewesen zu sein. Am deutlichsten zeigt sich dies im Amtsbezirk Offenburg. Es gilt nun für die kommenden Tage alle Kraft aufzubieten, um dem liberalen Kandidaten zum Sieg zu verhelfen.“

Die „Straßburger Post“ meint über die Aussichten in der Stichwahl:

„Für die Stichwahl sind die Aussichten des liberalen Kandidaten nicht schlecht; mit den sozialdemokratischen Stimmen, die ihm sicher sind, verfügt er über eine Mehrheit von 400 über die Stimmen des Zentrums. Doch darf das nicht in falsche Sicherheit einwiegen. Vor zwei Jahren brachte das Zentrum zur Stichwahl rund 1100 Stimmen Reserve auf. Diesmal wird es zweifellos über solch bedeutende Reserven nicht verfügen, denn es hat seine ganze Kraft bereits auf den ersten Wahlgang konzentriert, um es nicht zur Stichwahl kommen zu lassen. Doch scheint Vorsicht und eifrige Arbeit trotzdem sehr am Platze.“

Unser Schwesterorgan die Mannheimer „Volksstimme“ schreibt zu dem Wahlausgang:

„... Man kann daher wohl von einer Enttäuschung des Zentrums reden, die um so größer ist, als es den Wahlkampf mit größter Schärfe führte und seines feiner bekannten Agitationsmittel unbenutzt ließ. Aus dem Zusammenhang gerissene Zitate mußten die „Gemeinschaftlichkeit“ und „Religionsfeindschaft“ der Sozialdemokratie dartun, während andere Mittel gegen den nationalliberalen Kandidaten Kölsch herhalten mußten, von dem es in den Flugblätter hieß: „Kölsch sieht nicht mehr. Geschäftsmann oder Professor? Kölsch hat in seiner 27jährigen, politisch belanglosen Laufbahn bewiesen, daß er für die Fragen des 7. Wahlkreises kein Verständnis hat. Wo bleiben Kölschs Taten? Die Beantwortung dieser Frage ist bis jetzt noch keinem Gelehrten und keinem Ungelehrten gelungen.“ — Solche Zitate ließen sich beliebig vermehren.

Im Gegensatz zu der roßlosen Agitation des Zentrums standen die Vorbereitungen der Wahl seitens der Liberalen. Vielleicht mag es eine gewisse Mitleidigkeit gewesen sein, die bewirkte, daß die Liberalen den Wahlkampf nicht mit jener Energie geführt haben, die man in Betracht der Wichtigkeit der Wahl hätte erwarten sollen. Umsonst werden jedoch die Liberalen überaus glücklich sein, von dem, wie man gestehen muß, für sie überraschend günstigen Resultat. Die Steigerung der liberalen Stimmen von 8962 im ersten Wahlgang von 1912 auf nunmehr 9616 Stimmen dürften neben anderen Momenten Herrn Kölsch aufschreiben sein, dessen Stellung im Reichstag — wir erinnern nur an die Tatsache, daß er als einziger Nationalliberaler mit der Linken gegen den Militärhaushalt stimmte — sicherlich bei vielen Kreisen Anklang fand.

In Anbetracht des Umstandes, daß unsere Kandidatur bei vielen Wählern nur als eine ganz formelle Zählkandidatur aufgefaßt wurde, ist es zwar sehr zu beklagen, aber unabweisbar zu erklären, daß die sozialdemokratischen Stimmen einen Rückgang von 3705 im Jahre 1912 (im Jahre 1907 er-

hielten 254 Stimmen) auf jetzt 2032 Stimmen erfuhren. Daß bei uns ein Kandidatenwechsel stattfand, indem an Stelle des Genossen Ronisch, der Genosse Franz Geiler trat, dürfte auch zu diesem nicht eben befriedigenden Resultat sein Teil beigetragen haben.“

Dienst- und Ruhezeit des Eisenbahnpersonals.

Durch die Tageszeitungen geht die Notiz, daß das Rangierpersonal den achtstündigen Dienst anstrebe und bei der Generaldirektion vorstellig werden will. Diese Nachricht bestätigt sich. Die Anstrengungen der Organisation des „Südd. Eisenbahn- und Postpersonals“ für das gesamte im Nachtdienst verwendete Personal eine achtstündige Dienstzeit herbeizuführen, datieren nicht von heute. Die Generaldirektion läßt sich nur Schritt für Schritt die Einführung zeitgemäßer Dienst- und Ruhezeiten abringen. Der achtstündige Dienst für das Rangierpersonal ist tatsächlich auf einigen größeren Stationen, wie z. B. in Mannheim, teilweise eingeführt. Schon seit Jahren geht nun das Bemühen der Organisationen dahin, nicht nur für das Rangierpersonal, sondern auch für das Bahnbedienstetenpersonal, das Personal auf den Stellwerken, das Radschuhlegerpersonal usw. eine achtstündige Dienstzeit zu erreichen.

Gibt die Generaldirektion eine achtstündige Dienstzeit für dieses Personal nun nicht für notwendig? Nach welchen Grundsätzen regelt die Generaldirektion die Dienst- und Ruhezeit des Eisenbahnpersonals? Wer ist der Generaldirektion im äußeren Dienst kompetent in solchen Fragen? Sicherlich leistet der betr. Beamte seiner Behörde einen schlechten Dienst, wenn er dazu rät, dem schlechtbezahltesten Personal im Eisenbahndienst auch die längste Dienstzeit zu geben.

Wir sind auch für weise Sparsamkeit, aber wir sind der Ansicht, daß man aus Sparsamkeitsrücksichten einem pflichttreuen Eisenbahnpersonal in verantwortungsvoller Stellung nicht die nötige Ruhe entziehen darf. Und die nötige Ruhe wird dem Rangierpersonal und dem sonstigen Stationspersonal entzogen, wenn man es zwingt, anstrengendem Nachtdienst mittags darauf erneut Dienst zu tun; die nötige Ruhe wird dem Wärterpersonal entzogen, wenn man es zwingt, vier bis fünf Nächte nacheinander Dienst zu tun. Auch das Fahrpersonal klagt seit Jahren über allzu starke Inanspruchnahme. Die Generaldirektion sollte sich nicht mit Beachtung der reichserheblichen Bestimmungen über die Dienst- und Ruhezeit, die ganz unzulänglich sind, begnügen; sie sollte sich auf den gerechtigkeitsständigen Stand stellen. Seit Jahren ist am Personal geknarrt worden. Es ist klar, daß dies nur dadurch möglich war, indem man die Dienstgeschäfte des Einzelnen erweiterte und die Dienststunden der Bremser und Schaffner z. B. zusammenschraubte. Der Verkehr auf den Personen- und Güterbahnhöfen ist gewachsen — der Personalstand ist geblieben.

Es muß einmal ein Ende geben mit den Klagen über Überanforderungen des Eisenbahnpersonals. Die Eisenbahnverwaltung, die nicht Leben und Gesundheit ihres Personals in sparsamem Haushalt mit den Kräften achtet, gehört auf den Aussterbeetat. Es ist Zeit, daß die Generaldirektion sich an die Stelle wendet, wo sie auch den Tatsachen entsprechend aufgeklärt wird und nicht an „Autoritäten“, die zwar sonst gute Fachmänner sein mögen, die aber nichts von Sozialpolitik verstehen und kein Herz haben für ihre Untergebenen. Vom grünen Tisch aus lassen sich solche Fragen nicht behandeln. Einer großzügigen und weitaussehenden Behörde ist dieses tropfenweise Wachsen sozialer Unbill unwillig; sie kann diese Zustände bessern ohne Hinweis auf die Steuerfahne — wenn sie will.

Vom Konstanzter Krematoriumsstreit.

Bekanntlich tobt in Konstanz schon seit Wochen und Monaten ein wilder Streit um die Erbauung eines Krematoriums. Zur Vorgeschichte sei kurz folgendes mitgeteilt. Am 9. Dezember 1913 faßte der Bürgeraus-

schuß den Beschluß, 100 000 Mk. zu 50 000 Mk. die gestiftet worden waren, zu genehmigen zum Bau einer Leichenhalle. Die Vorlage sah dabei einen Raum vor, in den später ein Ofen für Feuerbestattung eingebaut werden sollte. Diese Vorlage war unter ausdrücklicher genauer Erwähnung der Möglichkeit eines späteren Krematoriums einbaues vom Stadtrat einstimmig genehmigt worden; erst später, als die katholische Geistlichkeit Einsprache erhob, sogen vier katholische Stadträte ihre Zustimmung wieder zurück. Auch in der Bürgerauschussitzung konnte niemand im Zweifel darüber sein, daß es sich zunächst nur um eine Leichenhalle handelte, in der ein Raum für einen späteren Einbau eines Krematoriums frei bleiben sollte, zu dessen Ausführung aber dann zu gegebener Zeit ein neuer Beschluß des Bürgerauschusses erfolgen mußte. Trotz dieser feststehenden Tatsache erhob sich ein wilder Lärm im Zentrum. In der Presse, in Versammlungen, von der Kanzel wurde lauter Protest erhoben gegen die angebliche Vergewaltigung der religiösen Gefühle der Katholiken und schließlich wurde von der Geistlichkeit Beschwerde beim Bezirksrat gegen den Bürgerauschlußbeschluß eingelegt.

Diese Beschwerde kam vorgestern zur Verhandlung. Der Führer des Zentrums im 1. Reichstagswahlkreis, R. A. Dr. Baur, verteidigte die Beschwerde. Da die Friedhöfe Gemeindeeinrichtungen seien zur Verfügung für alle Konfessionen, so werde, da die Katholiken eine mit einem Krematorium verbundene Leichenhalle nicht benötigen dürften, diese in der verfassungsmäßig garantierten freien Religionsübung beschränkt. Auch sei die Vorlage eine bewusste Irreführung. Bürgermeister Saulis verteidigte den Beschluß der Stadtverordneten als rechtmäßig zustande gekommen und wies darauf hin, daß der Bezirksrat den Beschluß nur formell, nicht materiell zu beurteilen habe. Trotzdem Rechtsanwalt Dr. Baur sich soweit vertiefte, von einem brutalen, zerronnenen Zwang und einem betrieblernen schweren Vergernis zu reden, kam der Bezirksrat doch mit allen gegen 2 Stimmen zu der Entscheidung, den Beschluß des Bürgerauschusses vom 9. Dezember 1913 als rechtmäßig gültig anzuerkennen. Der Bezirksrat lehnte es ab, auf die Frage materiell näher einzugehen. Es würde gegen das Prinzip der städtischen Selbstverwaltung verstoßen, wegen eines formalen Mangels einen Bürgerauschlußbeschluß aufzuheben. Der Bezirksrat spricht den Wunsch aus, der Stadtrat möchte Mittel und Wege finden, um der katholischen Bevölkerung das Bewußtsein zu nehmen, daß ihren religiösen Gefühlen nicht genügend Rechnung getragen werde. Gegen diese Entscheidung kann innerhalb 14 Tagen Rekurs beim Ministerium eingelegt werden.

Der Streit gegen das Konstanzter Krematorium (und gegen den späteren Einbau eines Verbrennungsofens in die zu errichtende Leichenhalle), den das Zentrum gegen die übrigen Parteien führt, hat auf Zentrumseite das erste Opfer gefordert: der langjährige Stadtrat Streicher hat sein Amt niedergelegt. Er begründete seinen Entschluß mit verschiedenen Gründen. Es ist aber offenes Geheimnis, daß er bei den Beratungen des Stadtrates für den stadträtlichen Plan (Einbau des Verbrennungsofens) stimmte. Bei der Abstimmung bei den Beratungen hat er aber mit seiner Fraktion gegen den Einbau gestimmt. Mit ihm verließ das Zentrum im Stadtrat wohl den fleißigsten und befähigsten Arbeiter.

Aus dem Landtag.

Die Budgetkommission

befähigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit den Anträgen betr. Vinerdung der Not der Rebauern. Das Ministerium des Innern hat zu diesem Zwecke einen Nachtrag im Budget in Höhe von 173 000 Mk. angefordert. Um durch staatliche Rebanlagen und Veredlungsplanungen vorbildliche Muster zu schaffen und die Erweiterung der Anbauversuche mit Amerikanerbeben, sowie Rebanprämierung sind im Nachtragsbudget weitere 7000 Mk.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

„Wallensteins Tod.“

Nun folgte am Freitag auch der zweite Abend der erstschütternden „Wallenstein-Trilogie“ und zwar in einer solch hochkünstlerischen Wiedergabe, daß man mit berechtigtem Stolz auf den gegenwärtigen Zustand unserer Schauspielkunst blicken kann. Raum hat sich der Vorhang gehoben, so trägt uns schon der feinste Hauch jene das Große erschaffende Willensstärke entgegen und wir fühlen mit, daß jeder Darsteller, vom größten bis zum kleinsten, mit inniger Liebe für das große Ganze sich seiner Aufgabe hingibt. In beengter in seiner Kunst seine interne Widersprüche und nichts verrät in seiner Kunstausübung das Aussehen des ungen Genannten.

Unter einer solchen Arbeitsfreudigkeit muß jede Kunstleistung zum Besten stehen. Deutlich und angenehm war das bei den „Wallenstein“-Abenden wahrzunehmen. Das gilt zunächst für den verdienstvollen Regisseur Otto Kienreich, der mit vorwärtsstrebendem Schöpferinn diesen Schillerischen „dramatischen Gedicht“ junges Leben und neuzeitlichen Geist einflößte. Dabei ist aber unbedingt anzuerkennen, daß er die Grenzen nicht überschritt und das „klassische“ Drama nicht etwa der Reimhardtischen Stimmungs- und Effekthaserei unterwarf. Gaben wir doch ein heiliges Anrecht darauf, unsere Künstler so erhalten zu wissen, wie sie dem Zeitgeist und der Stille ihrer Schöpfer am nächsten kommen. Schiller wird ewig leben durch die Kraft seiner Sprache und den schönen Schwingen seiner Verse. Wer hier die modernisierende Art anlegt, verflüchtigt sich gleichermassen, als fällt er eine euerwürgende Eide. Wer auf Kosten der edeln Sprachschönheit Modernismen und Stimmungs-fiziankeret in diese Künstler verpflanzen will, begeht Unverzeihliches an unserem geistigen Kulturgut. Und das sei Kienreich zum Lobe nachgerühmt: wo er das Herkömmliche verließ und Neues anordnete (wie die „Pappenhäuser“-Szene und die „Er-mordung“ Wallensteins), so war es dem heutigen Geschmack wohl angepaßt, wahrte aber trotzdem die Stilleinheit des „klassischen“ Dramas. Von den solistischen Leistungen läßt sich ebenfalls durchweg nur das Beste berichten. Im Vordergrund stand, hoch über allen, der „Wallensteiner“ des Felix Baum-bach. Wunderbar klar in jeder Linie war dieser verschlossene Charakter und stete Denker gezeichnet. Nicht den rauhen Kriegshelden hätte Baumbach (wie sonst meist üblich) in seiner Auffassung betont, sondern den Grübler, der zwischen dem Gut und Böse seines letzten Rettungsschrittes unentschieden hin- und her schwankte. Der fast kindliche Glaube an die Schicksalsbestim-

mung durch die Götter kam in dieser Verkörperung mit ergreifender Erinnerung zum Ausdruck und erob dabei durch Baum-bachs „Wallenstein“ zu einer wertvollen psychologischen Studie. Von gleicher Erhabenheit waren aber daneben auch die darstellerischen und rein künstlerischen Werte. Als vollendeter Akteur meisterte der Künstler die Schillerischen Verse und gestaltete so die unvergleichlich schönen und gedankentiefen Monologe zu köstlichen Proben einer edelgenen Schauspielkunst.

Tiefes Interesse löste auch der „Mar“ Reinhold Lütjohann aus. Seine Auffassung war von leidenschaftlicher Begeisterung durchglüht und fand in der verwegendsten Entfaltung und nahen Todeserwartung ihre herrliche Krönung. Der „Lerch“ Otto Hertels verdient im gesamten das Prädikat „grobentstellend“, wenn gleich wir uns im Detail diese Gestalt noch etwas plastischer herausgearbeitet hätten wünschen mögen. Vorzüglich darf der alte „Butler“ Karl Dapper genannt werden. Diese geschätzte Kraft, sonst als „Giesede“ und „Striese“ in ihrem Element, schuf mit diesem merkwürdigen Haubgen eine Figur von großer Natürlichkeit und schlichter Wiederkeit, bei der schon die brillante Maske allein einnehmen konnte. Auf gleicher Höhe wie am ersten Abend waren die Feldherren „Alto“ und „Nolani“ des Fritz Herz und Paul Gernede. Neben diesen verdient ebenfalls Otto Kienreich als „Gordon“ und Hugo Höcker als „Wangel“ gebührendes Lob. Wilh. Wasser-manns „Octavio“ ist noch von früher bekannt. Die verblühende Ruhe, die listige Verschlagenheit des „Welschen“ treten bei seiner Auffassung gut hervor und dokumentieren sich schon auf den ersten Blick in der geschickt gewählten Maske und charakteristischen „welschen“ Part- und Haartracht.

Schließlich darf auch den Damen ihr wohlverdientes Lob nicht geschmälert werden. Marie Frauendorfer „Antie“ sich förmlich in die zündende Versprache hinein; ihre „Gräfin Terzky“ war deshalb von einem ganz seltenen Schwung der Rede belebt. Von Edith Deman kann man das weniger sagen. Sie war wohl würdevoll, blieb aber dabei zu konventionell. Hohes Lob dagegen gebührt Melanie Ermarth als „Thella“. An ihr war jeder Nerv natürliches Leben, Mitempfinden und ein Reichtum feinsten Gefühlserregungen. Groß und doch edel-würdig war sie bei der Entgegennahme von Maxens Todesnachricht. Das Haus spendete lebhaften Beifall für die gute Aufführung. W. Sch.

„Don Juan.“

(Gastspiel von John Forsell.)

Für Samstag zeigte uns der Theaterzettel statt „Don Giovanni“ Mozarts „Don Juan“ an (warum gebts denn jetzt?) und verheiß uns einen ganz aussergewöhnlichen Gast für die Titelpar-

tie, den schwedischen Kammerjäger John Forsell, der für ein einmaliges Gastspiel von der Hoftheaterleitung gewonnen worden war. Wir können diesen glücklichen Entschluß und die feinsinnige Wahl des Gastes der Theaterleitung zur öfteren Wiederholung nur empfehlend ans Herz legen. Das Publikum war geradezu hingerissen von dem unergleichenen Gast und überschüttete ihn derart mit rauschendem, langanhaltendem Beifall, daß er in freigelegter Weise noch einmal die „Champagner-Arie“ vor dem Zwischenvorgang sang, was natürlich für Karlsruhe ein ganz außergewöhnliches Ereignis bedeutete. Der Künstler gehört eben zu jenen Sängern, die alle Gaben des Talentes und jede notwendige künstlerische Qualität in höchst vollendeter Weise in sich vereinigen. Forsell zählt zu jenen Ausnahmen am Bühnenhimmelsstern, denen gegenüber jedes Wort kleinlicher Kritik verstummen muß. Auch wir haben für die wunderbare und vollendete Leistung des gezeigten Künstlers nur den Ausdruck herzlich empfindender Bewunderung. Was er uns bot, war eine unendliche Kette ausserlesener und selten zu hörender Kunstgenüsse. Forsell sang seinen Part italienisch; es war wohl berechneter, denn die italienische Sprache, besonders für Mozart geeignet, ist ungemein langlich und an sich schon von fließender Melodie. Bei weitem der Vorzüge soll man nun anfangen zu loben, da doch die ganze „Don Juan“-Darstellung und Verkörperung Forsells einer Unsumme von Vorzügen gleichkommt? Soll man die wunderbar herrliche, unendlich ausdrucksreiche metallische Stimme, oder das elastisch erwandte, grazios liebenswürdige ritterliche Spiel zuerst erwähnen? Es wäre im Grunde genommen auch ganz einleuchtend, denn schließlich ließe doch jedes Erwähnen auf ein hohes, eheliches Lob hinaus. Wir sagen dieser Leistung gegenüber nur Bescheidenes und eigentlich recht herzlich wenig, wenn wir von ihr erzählen: sie war — „herrlich“!!! Sie wird uns lange in der Erinnerung wach bleiben! Denn eine so fabelhaft hoch entwickelte Gesangs-kultur, gepaart mit einer solch vorbildlich bewundernswürdigen Darstellungsart, haben wir — und werden wir lange nicht mehr auf unserer Bühne zu bewundern bekommen.

Neben diesem illustren Gast John Forsell hatte Gedy Fracema-Trügelmann (Stuttgart) als „Donna Anna“ seinen allguleichtesten Stand; doch war es ihr, dank ihrer reifen Kunst, möglich, sich ehrenhaft und mit lobender Anerkennung zu behaupten. Vom vorherigen Sonntag als „Eva“ noch in bester Erinnerung und auch durch ihre früheren Gastspiele in der Gunst des hiesigen Theaterpublikums, war die Künstlerin auch als „Donna Anna“ gerne wieder im Ensemble unserer Oper gesehen.

Das Haus wies manche Rinde auf und hätte um dieses seltenen Genusses willen einen stärkeren Besuch verdient. W. Sch.

angefordert, desgl. für Beihilfen der Zuschüsse an Gemeinden und Genossenschaften, z. B. für Entwässerungsanlagen, 18 000 Mark. Sämtliche Positionen werden unter Anerkennung der im Interesse der Rebauern in Aussicht genommenen Maßnahmen bewilligt und die von allen Parteien zu der Frage gestellten Anträge als erledigt erklärt. Für den Fall, daß der Rechnungsabschluss für das Jahr 1913 günstig ausfällt, ist das Finanzministerium bereit, weitere Mittel zu dem fraglichen Zwecke anzufordern. Bezüglich des Antrages auf Frachtnachschuß erklärt der Vertreter der Eisenbahnenverwaltung, daß für Kupfer, Zinn, Schwefel, Nikotin und Niespflanze ein Frachtnachschuß von 50 Prozent des normalen Tarifs für die Bezüge der drei großen landwirtschaftlichen Verbände gewährt werden soll. Für Stützgut ist eine Frachtermäßigung nicht vorgesehen, da hierfür bereits Ausnahmetarife bestehen. Die Frage der Ermäßigung des Stützguttarifs soll nochmals geprüft werden. Dem Antrag auf Beteiligung der Weinacise legt die Regierung energischen Widerstand entgegen. Aus der Mitte der Kommission wird darauf hingewiesen, daß es doch ein Widerspruch sei, so enorme Summen zur Förderung des Weinbaues auszugeben und den Abzug des Weines mit einer so hohen Steuer zu belasten. Von anderer Seite wird eine Modernisierung der Weinacise angeregt. Man solle die Acise nach dem Wert der Produkte abstimmen. Die Regierung erklärt, daß diese Abstützung der Acise sich praktisch als sehr schwer erweisen habe. Die Abstimmung über den Antrag wird ausgesetzt.

Der Antrag der Abg. Roger u. Gen., die Regierung zu erlauben, im Bundesrat dafür einzutreten, daß der Zusatz von Obstweizen zu Tresterwein bei der Herstellung von Hausbrand gestattet werde, wird von der Kommission angenommen. Die Regierung sagt Prüfung des Antrages zu.

Bezüglich der Anträge wegen Entschädigung der Maul- und Klauenseuche verweist die Regierung auf die Viehvericherung, die weiter ausgebaut werden soll. Von sozialdemokratischer Seite wird wieder die staatliche Zwangsversicherung befürwortet. Der Minister erklärt, die Regierung wäre nicht abgeneigt, die Zwangsversicherung einzuführen, allein diesbezügliche Verordnungen seien freis auf Widerspruch gestossen. Die Anträge betr. Entschädigung bei der Maul- und Klauenseuche werden als durch die Antwort der Regierung erledigt erklärt.

Die Kommission für Justiz und Verwaltung

beriet heute über den Antrag betr. die Errichtung eines Submissionsamtes. Der Landesverband der badischen Gewerbevereine hat zu dieser Frage eine Denkschrift verfaßt. In derselben werden die Mängel im Submissionswesen und deren Ursachen eingehend untersucht und erörtert. Die Denkschrift kommt zu dem Schluß, daß Staat und Gemeinde eine gute meistersmäßige Arbeit fordern und dafür einen „angemessenen Preis“ bezahlen. Um dies zu ermöglichen, müsse eine Einrichtung geschaffen werden, welche bei Submissionen mitwirkt, ein Submissionsamt. Die Aufgaben dieses Submissionsamtes sind in der Denkschrift näher präzisiert. Seine Zusammenfassung soll teils aus technischen Beamten, teils aus Gewerbetreibenden erfolgen. Die Einführung des Submissionsamtes soll durch ein Gesetz erfolgen. Die Kosten sollen durch Beiträge von 1-3 Prozent aus dem Gesamtbetrag einer Vergebung Arbeit gedeckt werden. Die Regierung steht der Errichtung eines solchen staatlichen Submissionsamtes ablehnend gegenüber. Die Kommission beschließt, die Angelegenheit nochmals bei Anwesenheit der Regierungsvertreter zu beraten.

Die Wahlprüfungskommission

behandelte gestern den Protest gegen die Wahl des Abg. Dr. Wagner im 6. Wahlkreis Donaueschingen-Engen. Einige Protestpunkte wurden für erheblich erachtet. Da aber dem gewählten Abgeordneten Dr. Wagner trotzdem noch eine Mehrheit verbleibt, wird die Wahl von der Kommission für gültig erklärt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 4. Februar.

Am Bundesratlich ist Staatssekretär Dr. Delbrück erschienen.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet 1 Uhr 15 Min. die Sitzung. Er macht zunächst davon Mitteilung, daß die Abg. P. u. H. und Hebel heute morgen von einem Kraftwagen umgefahren und schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht worden seien. Auf eine telefonische Anfrage habe er erfahren, daß das Befinden des Abg. Hebel ein verhältnismäßig gutes, dagegen das Befinden des Abg. P. u. H. ein wenig günstiges sei. Ich glaube, so schloß der Präsident, in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich den beiden Herren Kollegen baldige Wiederherstellung und völlige Genesung wünsche. (Lebhafte Beifall.)

Darauf wird die Spezialberatung des Etats des Reichsamtes des Inneren fortgesetzt. Diese wendet sich den zum Titel „Besalt des Staatssekretärs“ eingebrachten Resolutionen zu.

Frage des Vereinsrechts

zu, deren Diskussion von der allgemeinen Erörterung der Wirtschaft- und Sozialpolitik abgetrennt worden war.

Es liegen vor: Eine Resolution der Polen, des Zentrums und der Sozialdemokraten.

Abg. Labenski (Polen): Der Sprachenparagraf ist ein politisches Ausnahmengesetz gegen die Polen. Wir verlangen, daß es jedem Zugehörigen einer bestimmten Nationalität unbenommen sein soll, seine Muttersprache zu gebrauchen, namentlich bei Besprechungen mit Stammesbrüdern. Unzählige sind die Fälle, wo Besprechungen infolge des Gebrauchs der polnischen Sprache in Vereinen eingetretet sind. Um die polnische Sprache verbieten zu können, erklärte man unsere sämtlichen Vereine für politisch, sowohl Enthaltensamts- und wissenschaftliche Vereine, die mit Religion und Politik gar nichts zu tun haben, werden für politisch erklärt und dem Reichsvereinsgesetz unterstellt. (Hört, hört! bei den Polen.) Hierdurch wird mit dem Gesetz direkt Mißbrauch getrieben. Die Entscheidung über Revision und Beschwerde müßte dem obersten Verwaltungsgericht überwiegen werden. Von einer freizeitleichen Antwort des Gesetzes, die seinerzeit zugesichert wurde, ist mangels den Polen gegenüber keine Rede. Mit Gewalt kann man wohl ein Land erobern, aber nicht regieren. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Legien (Soz.)

begründet die sozialdemokratischen Anträge. Mit dem Reichsvereinsgesetz ist, wie die Erfahrung zeigt, der

Preussische Polizeigesetz

nicht beseitigt worden, weil die liberalen Parteien versagt haben, als es galt, in dem Gesetz die nötigen Garantien dagegen zu schaffen. Die Polizeibehörde hat einen Zweigverein des Transportarbeitervereins in Essen zur Einreichung der Mitgliederliste aufgefordert, dann die Liste vervielfältigt und der Eisenbahnenverwaltung mitgegeben. Das ist eine Denunziation. Es ist schmerzlich durch den Gebrauch von polizeilichen Vergewaltigungen an dem Rechte des Vereinsgesetzes durchzuführen. In Thorn wurde von dem Kommandanten mit dem Militärverbot gedroht, wenn die Arbeiter sozialdemokratische Versammlungen auslösten. Kein Staatsanwaltschaft habe sich der gegen eine öffentliche Demonstration vorgeht. Dringend notwendig ist auch eine Änderung dahin, daß die Gewerkschafts-

versammlungen, in denen Arbeits- und Lohnverhältnisse behandelt werden, von der Kontrolle der Polizei ausdrücklich befreit werden. Sozialdemokratische Wahlvereinsversammlungen werden aufgelöst, weil sie als öffentliche angesehen werden, und das Oberverwaltungsgericht billigt diese Auffassung, obwohl sie in direktem Widerspruch zum Reichsvereinsgesetz steht.

Für die Befreiung der Gewerkschaften von der Kontrolle der Polizei ist in Sachsen sogar eine Gebühre verlangt worden. Weltsozialdemokratische Versammlungen un-er freiem Himmel von radikalsten Elementen anderer Parteien gehört werden können, werden sie verboten. Alle Arbeitervereine werden für politische Vereine erklärt im Widerspruch mit § 1 des Reichsvereinsgesetzes. Gewerkschaften werden ohne weiteres als politisch angesehen, obwohl Bebel das seinerzeit entschieden bestritten hat, und zwar nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen, sondern aus innerer Überzeugung. Auf das Gutachten der Arbeitgeber hin wird der Holzarbeiterverband für einen sozialdemokratischen Verein erklärt. Wenn jede Gewerkschaftsorganisation, die gelegentlich in ihrem Verbandorgan einen politischen Artikel bringt, daraufhin zu einer politischen gemacht werden soll, so gibt es überhaupt nur politische Organisationen. Weil der Holzarbeiterverband eine Petition an den Reichstag richtet, um seine Mitglieder vor der Mißbräuchlichkeit zu schützen, deshalb ist er ein politischer Verein. Das ist die Anschauung des Herrn v. Jagow. Nach derselben Logik müßten Vereine wie der Pfadfinderverein, der Wandervogel, Jungdeutschlandbund, Turnverbund und andere, welche um volle Sonntagstage petitionieren, als politisch aufgelöst werden. In einem Gutachten behauptet der Berliner Polizeipräsident entgegen der Wahrheit, daß die Generalkommission der Gewerkschaften sich an der politischen Parteiorganisation beteilige. Wenn die Generalkommission mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand in einem bestimmten Falle, aus Anlaß der Arbeiter-Vorgänge, zusammensteht, so wird doch die Generalkommission dadurch nicht sozialdemokratisch. Es wäre ja denkbar, daß der Berliner Polizeipräsident und der Reichsminister eine gemeinsame Aktion gegen die christlichen Gewerkschaften unternehmen. Deshalb würde doch Herr von Jagow nicht katholisch. Wir werden in jedem Falle gerechte Feststellungen verlangen und sehen, ob die 15 000 Stellen der Gewerkschaften politische Vereine sind. Man hofft durch diese Verfolgung den Gewerkschaften die jugendlichen Mitglieder zu entziehen. Wir haben in der Gewerkschaft gar kein Interesse daran, die Jugend politisch zu erziehen. Wir geben darauf aus, der Jugend die Jugend zu erhalten. Es ist die Reaktion gegen die Bestrebungen der bürgerlichen Parteien, die Proletariat der dem Elternhaus zu entfremden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Marx (Zentr.): Es ist die höchste Zeit, an eine freihetliche Änderung der Reichsgesetzgebung heranzutreten. Auch gegen christliche Gewerkschaften und katholische Vereine ist zeitweilig zu Unrecht vorgegangen worden. Wir verlangen vor allem die Aufhebung des sogenannten Sprachenparagrafen. Recht und Gerechtigkeit erfordert, daß das Verbot einer nicht-deutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen beseitigt wird. Ich erinnere nur an das Verbot gegen den Polarforscher Amundsen, seinen Vortrag in dänischer Sprache zu halten. Trotzdem werden wir die radikalen Bestrebungen in der Polenbewegung nach wie vor energisch bekämpfen. Das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen muß beseitigt werden. Wir wollen, daß die jugendlichen Arbeiter fittlich geformt und mit gewerkschaftlichem Sinn erfüllt werden. Eine Beschränkung der bisherigen Praxis in der Überwachung von Versammlungen durch die Polizeibehörden ist dringend erforderlich. Auch den Beamten muß das Recht gegeben werden, sich in wirtschaftlichen Betrieben zusammenzuschließen. Das Vorgehen gegen die Berliner Schutzleute war rigoros. (Beifall im Zentrum.)

Direktor Dr. Lewant: Beim Vereinsgesetz liegt die Ausführung in den Händen der Einzelstaaten. Es gibt keinen Beamten des Reichs, der mit der Ausführung direkt etwas zu tun hat, also ist die Reichsleitung nicht in der Lage, einzuschreiten (Anruhe und Widerspruch links), außer wenn von den Einzelstaaten Ausführungsbestimmungen gegeben werden, die mit dem Gesetz in Widerspruch stehen. Die Behörden sind von dem Willen und dem Wunsch getragen, das Gesetz frei von Schikanen durchzuführen. (Lachen bei den Soz.) Bewahren muß ich mich gegen die Behauptung des Abg. Legien, das Oberverwaltungsgericht habe einen Rechtsbruch begangen. Gerichte begehen niemals einen Rechtsbruch. (Schallendes Gelächter links, bravo rechts.) Was den Sprachenparagrafen angeht, so will ich nur auf den Fall Amundsen eingehen. Amundsen hand der ganzen Sache fern; es war Sache der Kongressdirektion. Amundsen wollte Vorträge in deutscher und norwegischer Sprache halten. Hensbürg ist eine durch und durch deutsche Stadt. Man wollte nur eine dänische Heerschau halten. (Widerpruch.) Der Regierungspräsident hat deshalb eine politische Agitation angenommen. Amundsen selbst hat sich auch nicht beschwert. Er wollte nur Geld verdienen für weitere Forschungsreisen. Schließlich hat der Minister die Entscheidung des Regierungspräsidenten zurückgenommen. (Anruhe links.) Entwerber beschweren Sie sich, weil eine Entscheidung nicht zurückgenommen wird, jetzt beschweren Sie sich, daß die Entscheidung zurückgenommen wurde. (Sehr gut! rechts.) Ferner ist hier Klage geführt worden, daß landwirtschaftliche Vereine unter das Vereinsgesetz gestellt werden. Dafür, ob ein Verein ein politischer Verein ist, ist nicht maßgebend, was in den Satzungen steht, sondern das, was er tut und will. (Sehr richtig rechts.) Ich gebe zu, daß es bei der Beratung in der Kommission den verbündeten Regierungen nicht gelungen ist, eine Definition für den Begriff eines politischen Vereins zu finden. Man hat deshalb von einer solchen abgesehen und diese Frage der Judikatur anheimgegeben. Es ist aber sehr gut denkbar, daß ein landwirtschaftlicher Verein politische Bestrebungen verfolgt; dann fällt er eben unter das Vereinsgesetz. Zu behaupten, der Berliner Polizeipräsident habe bewußt die Unwahrheit berichtet, wie dies der Abg. Legien getan hat, dazu würde mir der Mut fehlen. Was das Verbot des Koalitionsrechts der Berliner Schutzmänner betrifft, so muß der Disziplinarbehörde das Recht dazu vorbehalten werden. Der Polizeipräsident von London hat ein gleiches Verbot erlassen und damit den Beifall der englischen Presse gefunden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Veit (sonst.): Wir sind überzeugt, daß das Reichsvereinsgesetz richtig angewendet wird. (Lachen links.) Der Sprachenparagraf soll zur Stärkung der Agitation gegen das Großpolentum dienen; auch wünschen wir, daß gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung mit allen Kräfte eingeschritten wird.

Abg. Mertin (Reichsp.): Bezüglich der Judikatur halten wir die bisherige Zuständigkeit des Oberlandesgerichts als Revisionsinstanz für das Beste und lehnen den Antrag der Polen ab.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß gegen 4 1/2 Uhr.

Kommunalpolitik.

* **Eingemeindungsfeinde.** Mit der beabsichtigten Eingemeindung von Altmannsdorf in Konstanz ist man in Altmannsdorf nicht überall einverstanden. Eine Bürgerversammlung sprach sich in sachlichen Worten gegen die Eingemeindung aus und es hat den Anschein, als ob die Vorlage im Bürgerausschuß keine Aussicht finden werde.

Aus der Partei.

* **Singen (N. Durlach), 3. Febr.** Am Samstag, 7. Febr., abends halb 9 Uhr, findet im Gasthaus zur „Ara“ die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt mit einem Vortrag von Genosse Dr. Kullmann aus Karlsruhe über die badische Verfassung. Es wird von den Parteigenossen erwartet, daß ein jeder einige in dieser Versammlung persönlich erscheint. Auch sind Parteifreunde und Parteipressefreunde herzlich dazu eingeladen.

* **Bergshausen, 3. Febr.** Sozialdem. Verein. Am Samstag, 7. Febr., abends halb 9 Uhr, findet im Lokal zur „Kanne“ unsere Monatsversammlung statt, in welcher Parteisekretär Trinks einen Vortrag halten wird. Hierzu sind die Arbeiterklasse und Volkspressefreunde herzlich eingeladen.

Neues vom Tage.

Der Massenmörder Wagner gesteht.

Geilbrunn, 4. Febr. Hauptlehrer Wagner ist infolge Verschusses der Strafkammer im Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft außer Verfolgung gesetzt und in eine Irrenanstalt überführt worden. Diese Maßnahme stützt sich auf die psychiatrischen Gutachten eines Tübingen und eines Straßburger Professors. Beide Gutachter kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß der Angeklagte bei der Vergehung wahnsinnig gelitten hat. Dieser Auffassung ist das Gericht beigetreten. Es ist zu der Überzeugung gelangt, daß der Angeklagte seine Straftaten unter dem Zwange einer die freie Willensbestimmung ausschließenden krankhaften Erörung der Geistestätigkeit begangen hat, und daß er deshalb strafrechtlich nicht verantwortlich gemacht werden könne. Eine etwaige Hauptverhandlung hätte unmöglich zu einem anderen Ergebnis führen können. Deshalb mußte von einem Hauptverfahren abgesehen und der Angeklagte dem Antrag der Staatsanwaltschaft entsprechend, außer Verfolgung gesetzt werden. Da der Angeklagte als gemeingefährlich erscheint, so ist gleichzeitig eine dauernde für die Verwahrung in einer Irrenanstalt beantragt worden; die Anstalt selbst ist bis jetzt noch nicht angegeben.

Deserteure.

Straßburg, 3. Febr. Wie gemeldet wird, sollen zwei Ulanen von Saarburg heute abend in Klamm bei Luneville zu Pferde angekommen sein. Die deutschen Soldaten seien in Uniform gewesen und hätten ihre Waffen bei sich gehabt. Die beiden Ulanen seien nach Luneville gebracht worden, wo sie erklärten, mit den Waffen desertiert zu sein, weil sie in Saarburg mißhandelt worden seien.

Zwei Reichstagsabgeordnete überfahren.

Berlin, 4. Febr. Heute vormittag wurden an einer Ecke der Bismarckstraße die beiden Reichstags-Abgeordneten Pöhl und Stadtpfarrer Würb von einem Droschken-Automobil überfahren. Der Eine wurde zur Seite geschleudert und der Andere kam unter den Wagen zu liegen. Neben schweren Gehirnerschütterungen erlitten Beide erhebliche äußere Verletzungen. Sie wurden nach dem Hedwig-Krankenhaus gebracht und waren mittags noch ohne Bewußtsein. Pöhl vertritt den bayerischen Wahlkreis Memmingen, Pöhl den Wahlkreis Donaueschingen. Beide gehören zu den Führern des christlichen Bauernvereins.

Zitticher Fliegerabsturz.

Bamberg, 4. Febr. Heute vormittag ist ein Offiziersflieger namens Söllner des bayerischen Luft- und Kraftfahr-Bataillons bei einem Übungsflug in Bamberg aus beträchtlicher Höhe abgestürzt. Er fiel auf das Dach der Eisenbahner-Kaserne, wo er tot liegen blieb.

Landung deutscher Offiziersflieger in Frankreich.

Paris, 3. Febr. Wie die „Liberator“ meldet, sind zwei deutsche Offiziere mit einem Zweimotoriger heute vormittag gegen 11 1/2 Uhr unweit Luneville gelandet. Der hintere Teil des Flugzeuges zerbrach bei der Landung. Einer der Offiziere begab sich sofort auf das Bürgermeisterei des nächstgelegenen Ortes Croismare und erbat um Hilfe. Auf telephonische Benachrichtigung der Militärbehörde in Luneville begaben sich zwei französische Generale an Ort und Stelle, um die Auslagen der Offiziere entgegenzunehmen. Sie erzählten, sie seien am frühen Morgen in Straßburg aufgestiegen, um sich nach Metz zu begeben, hätten jedoch im Nebel die Richtung verloren. Von Saarburg an seien sie dem Schienenstrang entlang gefolgt, verständig jedoch in der falschen Richtung, nach Luneville. Hier bemerkten sie ihren Irrtum und schritten zur Landung, die sich jedoch sehr schwierig gestaltete, da der Apparat heftig auf den Boden aufschlug und das Hinterteil brach. Der Landungsort bei Croismare liegt 6 Kilometer von Luneville entfernt auf der Straße nach Anicourt.

Straßburg, 3. Febr. Das Flugzeug, das heute auf dem Flug von Straßburg nach Metz die Richtung verlor und in Frankreich zwischen Epangeuey und Croismare niederging, war mit dem Oberleutnant im badischen Infanterieregiment Nr. 14, Prestin, und dem Leutnant im löschingischen Infanterieregiment Nr. 16, Berner, besetzt. Ein zweites Flugzeug, das unter der Führung des Leutnants Thelen gleichfalls nach Metz aufgestiegen war, ist heute nachmittag auf dem Flugplatz Neppach bei Metz gelandet.

Raun, 3. Febr. Die beiden deutschen Offiziere wurden heute abend um 8 Uhr von dem Brigadefeldkommandeur General Barin zum Bahnhof Anicourt geleitet. Das Flugzeug wurde abmontiert, um mit der Eisenbahn nach Metz gebracht zu werden. Dabei waren die Mechaniker des 8. Artillerieregiments den Offizieren beistehend.

Untergang eines Segelschiffes.

London, 2. Febr. Nach einem Telegramm aus Falmouth ist das Hamburger Segelschiff „Gera“, das sich mit einer Ladung Nitrat auf der Heimfahrt von Bisagua befand, in der vergangenen Nacht gesunken. Der Segler, der seinen Kurs verloren hatte, lief in voller Fahrt auf den Gullfelsen auf und erhielt ein so großes Loch, daß es in wenigen Minuten sank. Ein Hilfschiff, das von Falmouth der bedrängten Mannschaft des Segelschiffes zur Hilfe eilte, vermochte 5 Mann zu retten. Die übrigen 19 Mann der Besatzung ertranken.

London, 2. Febr. Zum Untergang des deutschen Seglers „Gera“ in der Nähe von Falmouth wird noch gemeldet: Unter fünf Geräten befinden sich zwei Deutsche, und zwar der dritte Offizier B. Hoffmann, der Matrose A. Larsen und der Schiffsjunge Westfester. Die anderen Besetzten sind ein Schwede und ein Holländer. Die abgeregten Seeleute hatten bis zur Rettung furchtbare Stunden der Todesangst durchlebt. Die ganze Nacht hatten sie auf den Masten verbringen müssen, bis Larsen, der furchtbar zugerichtet und schwer erkrankt ist, das Rettungsboot aus Falmouth geholt, das die Ermatteten an Bord nahm. Von den 19 Ertrunkenen fanden 16 den Tod, indem sie bei dem Versuch, sich durch Schwimmen zu retten, im Sturm gegen den Schiffsrumpf geschleudert und dann erschlagen wurden. Die anderen drei Ertrunkenen wurden beim Einsetzen der Flut über Bord gespült.

Gewerkschaftliches.

Wem nicht paßt, der kann gehen! Dieses häßliche Wort ist zur Zeit das Leitmotiv des Herrn Betriebsleiters...

Aus Gaggenau schreibt man uns: Ein schneidiger Herr ist der Plattenmeister der hiesigen Eisenwerke...

Plattenwerk ist alles still. Sogar von der Kugel hat Herr Curat Schmid noch nichts davon erzählt...

Niederbühl, A. Kastalt, 4. Febr. Durch Feuer wurde Scheune und Wohnhaus des Kirchenfondrechners...

Vargen, 3. Febr. Die beiden Anwesen des Anton Dietrich und des Johann Wette wurden durch Feuer vollständig zerstört...

Tittisee, 3. Febr. In der vergangenen Nacht sind die Holzhäusern zur Seefschmiede vollständig niedergebrannt...

Wöhrlingen, 3. Febr. Am Samstag ist der gegen Emmingen-Gattlingen zu gelegene Rappenhof vollständig niedergebrannt...

Nabolszell, 3. Febr. In der Nähe von Horn (Untersee) brach auf dem neuen Eis der Lehrling Kern aus Verlingen...

Konstanz, 3. Febr. Seit etwa 3 Tagen wurde der 70jäh. Dienstmann Wiedmaier von seinen Schulden befreit...

Aus der Stadt.

Karlruhe, 5. Februar.

Generalversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Karlsruhe.

Da die Wahl der kürzlich gewählten Vertreter zum Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse bekanntlich für ungültig erklärt worden ist...

Eine Submissionsblüte.

Vom Verband der Maler wird uns geschrieben: Eine der herrlichsten Submissionsblüten hat das hiesige Malergewerbe...

Man könnte schadenfroh sein, ob solchen maßlosen Konkurrenzgedes und joldem allem Standesgefühl höhnischen Gebahren unter den hiesigen Malermeistern...

Die Herren haben noch nicht widerprochen, was am Landgericht Karlsruhe ein Oberbaurat ausführte...

Der Fabrikarbeiter-Verband, Zahlstelle Karlsruhe, im Jahre 1913.

In der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, Zahlstelle Karlsruhe...

Das Jahr 1913 hat, hauptsächlich infolge der eingetretenen Wirtschaftskrise, nicht das gebracht, was wir zu Beginn des Jahres erhofften...

Die Mitgliederzahl stieg von 572 auf 624. Die Zahl der Aufnahmen betrug 820, denen 268 Austritte gegenüberstehen...

Rohbewegungen waren es acht, die zu führen waren. Sieben verliefen zu unsern Gunsten...

Daß die Kollegen mit der Tätigkeit ihrer Verwaltung zufrieden waren, zeigte die Wiederwahl der bisherigen Ortsverwaltung...

Wollen die Kollegen der einzelnen Betriebsabteilungen für die Zukunft ihre wirtschaftliche Lage verbessern...

Eine Ausstellung von Geschäftsdrucksachen in der Groß-Landesgewerbehalle, Karl Friedrichstraße. Nach der hier in den letzten Jahren bei Publikum und Geschäftswelt zu so großer Beliebtheit gelangten Weihnachtsmesse...

Alle Arbeiten geben Zeugnis davon, daß mit einfachen Mitteln geschmackvolle und vornehme Arbeiten zu zu annehmbaren Preisen hergestellt werden können...

Arbeiterabstinenzklub. Der auf nächsten Samstag angekündigte Vortrag muß umhändelbarer auf Montag, 16. Februar, verlegt werden.

Die Sektion Karlsruhe des badischen Schwarzwaldbereins hat seinen Bericht über das Vereinsjahr 1913 herausgegeben. Die Mitgliederzahl ist etwas gestiegen...

Sch. Sterbefallverein Rintheim. Letzten Sonntag, 1. Febr., hielt der Sterbefallverein Rintheim seine diesjährige Generalversammlung im Gasthaus zum „Waldhorn“ ab...

Zimmerbrand. Durch unvorsichtiges Wegwerfen eines brennenden Streichholzes durch ein Dienstmädchen geriet in einem Hause der Hochstraße gestern vormittag ein Bett in Brand...

Einbruchdiebstahl. Ein Unbekannter, etwa 30 Jahre alt, mittelgroß, mit kleinem, hellblonden Schnurrbartchen, dunklem Ueberzieher, weidem Filzhut und Rohrstiefeln oder Gamaschen...

Veranstaltungen.

Konzert bei der Eisbahn im Stadigarten. Sofern das Frostwetter anhält, wird heute Donnerstagabend in der Zeit von 7 1/2 bis 10 Uhr bei der Eisbahn im Stadigarten...

Klassikum. Gastspiel der Erl-Bühne. Heute abend wird die überall mit großem Lacherfolg aufgeführte Komödie mit Gesang und Tanz von Felsinger „Der Amerikajepf“ gegeben...

Arbeiterbildungsverein. Ueber Jugendfürsorge und Jugendpflege sprach am Montagabend Herr cand. ing. Hans...

Aus dem Lande.

Kastalt.

Öffentliche Volksversammlung. Am Montag, 9. Februar, abends halb 8 Uhr, findet im Kronensaal eine öffentliche Volksversammlung mit dem Thema: „Die politische Lage im Reich und in Baden“ statt...

Parteiangehörige! Agitiert, daß diese Versammlung gut besucht wird. Sorgt für einen Massenbesuch!

Eine Keuerung in der hiesigen Knabenschule. Schulanbittin Nina Luther, zurzeit in Karlsruhe, wurde als Hilfslehrerin der hiesigen Volksschule (Knabenschule) zugewiesen...

Aus Mangel an Beschäftigung mußte die Waggonfabrik im Laufe der letzten zwei Monate die Arbeiterzahl von 800 auf 700 herabsenken. Da nur noch für kurze Zeit Aufträge vorliegen...

Langenbrunn, 5. Febr. (Privattelegramm.) Während der gestrigen Mittagspause wollten zwei in der Fabrik beschäftigte Mädchen, Anna Künzel und Lucia Frey, 18 Jahre alt, von hier, das Eis des oberhalb der Fabrik vorbeifließenden, 2 Meter tiefen Kanals einfrieren...

Walsch (A. Ettlingen), 3. Febr. Der Polizei ist mit dem verhafteten Misch Günter ein schwerer Junge in die Hände gefallen. Nach seiner Verhaftung gelang es Günter allerdings, zweimal auszubringen, aber jedesmal wurde er wieder festgenommen...

Birzheim, 3. Febr. Gestern wurde der Schloffer Wilsch, als er in der Grube der städtischen Wagenhalle mit dem Requirieren der Bremsvorrichtung an den Motoren beschäftigt war, von einem unermittelt vorstehenden, federnden eisernen Bremshebel gegen das Gesicht getroffen...

Mannheim, 3. Febr. In letzter Zeit wurden in hiesigen und Ludwigshafener Warenhäusern große Diebstähle verübt. denen man jetzt auf die Spur gekommen ist. In einem Weißwarengeschäft in Ludwigshafen, in dem zurzeit „Weiße Wode“ verankert ist, machten gestern zwei Frauen aus Ludwigshafen verschiedene kleine Einläufe...

Mannheim, 3. Febr. Ein Geschäftsinhaber von Frankenthal suchte seine Geliebte, eine in Mannheim wohnende Kellnerin, und sich selbst zu töten. Die Kellnerin erlitt eine schwere Schußverletzung, er selbst jagte sich eine Kugel in den Unterleib. Sein Zustand ist lebensgefährlich.

Mannheim, 3. Febr. Beim Schlittschuhlaufen auf dem Altrhein bei Redarau brach gestern der fünfzehnjährige Väterlehrling Rudolf Vero aus Redarau ein und erkrankte. Die Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

Mannheim, 4. Febr. Die Polizei ist einem systematischen Zigarrendiebstahl in einer hiesigen Zigarrenfabrik auf die Spur gekommen. Ein Lehrling hatte Ristenweise Zigarren gestohlen und in der Wohnung eines Fuhrmanns untergebracht...

Odenheim, A. Schwellingen, 4. Febr. Heute nachmittag fiel das 4jährige Stöckchen des Wäldmeisters Wege in den Kreisbach und erkrankte. Die Leiche wurde in der Nähe des Eisenbahnviadukts gefunden. Der Unfall scheint sich beim Spielen des Kindes am Bachufer ereignet zu haben.

Bühlertal, 3. Febr. Einer großen Diebesgesellschaft ist man hier auf die Spur gekommen, die für circa 1000 Mark Bücher, Zeitschriften, Violinen aus der Konfordia „Büchl“ gestohlen und anderweitig zum Verkauf gebracht hatten.

